

II-11099 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN
GZ. 11 0502/226-Pr.2/93

1010 WIEN, DEN 6. September 1993
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

5114 IAB

1993-09-07

zu 5081/J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ing. Erich Schwärzler und Kollegen vom 7. Juli 1993, Nr. 5081/J, betreffend Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Bundesvergabegesetz, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Da das Bundesvergabegesetz, BGBl.Nr. 462/1993, erst mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft treten wird, ergeben sich die Kriterien für die Auftragsvergabe aus den derzeit geltenden vergaberechtlichen Bestimmungen. Das sind die ÖNORM A 2050 vom 30. März 1957 samt den hiezu ergangenen Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Bundesdienststellen (Beschuß der Bundesregierung vom 26. September 1978), die mit den Beschlüssen der Bundesregierung vom 3. März 1981, 15. Dezember 1981, 1. Juli 1986, 16. Oktober 1990 und 9. Jänner 1992 ergänzt bzw. abgeändert wurden.

Nach diesen Bestimmungen gelten als hauptsächliche Grundsätze für die Vergabe:

Der Wettbewerb als Regel,
das Erfordernis der Vergabe an zuverlässige, befugte und fähige Bieter sowie
die Bedachtnahme auf die Angemessenheit des Preises und
die Umweltgerechtigkeit der Leistung.

Internationale Verpflichtungen zur Sicherstellung des Wettbewerbes ergeben sich aus Art. 14 des EFTA-Vertrages und dem GATT-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen, BGBl.Nr. 452/1981, i.d.F. des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 38/1988 und den hiezu ergangenen Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Bundesdienststellen (Beschuß der Bundesregierung vom 19. September 1989).

Zu 2.:

Gemäß Artikel II der Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Bundesdienststellen i.d.g.F. sind in- und ausländische Bieter gleich zu behandeln, wobei einerseits auf die von der Republik Österreich eingegangenen internationalen Verpflichtungen (z.B. Artikel 14 des EFTA-Vertrages, GATT-Übereinkommen) und andererseits auf materielle Gegenseitigkeit sowie das Bestbieterprinzip Bedacht zu nehmen ist. Die Bestimmungen des Punktes 1,34 der ÖNORM A 2050 vom 30. März 1957 (dieser lautet: "Es sollen tunlichst nur inländische Erzeugnisse verwendet und inländische Unternehmen beschäftigt werden") sind nur dann anzuwenden, wenn gleichwertige Angebote vorliegen.

Nach Inkrafttreten des Bundesvergabegesetzes werden die in § 10 normierten Grundsätze (so insbesondere freier und lauterer Wettbewerb, Gleichbehandlung aller Bewerber und Bieter) zur Anwendung gebracht werden.

Zu 3.:

In § 10 Abs. 7 des vom Nationalrat verabschiedeten Bundesvergabegesetzes ist der Grundsatz der Bedachtnahme auf die Umweltgerechtigkeit der Leistung im Vergabeverfahren verankert. Gemäß § 103 Abs. 1 Bundesvergabegesetz tritt auch diese Bestimmung gleichzeitig mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft. Eine Antwort auf die Frage nach der Auslegungspraxis dieser Bestimmung kann demgemäß streng genommen erst nach Inkrafttreten des Bundesvergabegesetzes bzw. des EWR-Abkommens gegeben werden.

Gegenwärtig hat sich die Praxis an den derzeit geltenden Vergaberichtlinien des Bundes zu orientieren.

Zu 4.:

Derzeit wird in den geltenden Richtlinien für die Vergabe von Leistungen in der Fassung des Beschlusses der Bundesregierung vom 9. Jänner 1992 unter R 1a) zu Punkt 1.3 der ÖNORM A 2050 i.d.F. vom 30. März 1957 vorgeschrieben, daß bei der Einholung von Angeboten auf die Umweltgerechtigkeit der Leistung möglichst Bedacht zu nehmen ist. Die Umweltgerechtigkeit der Leistung ist unter Berücksichtigung der Umweltbelastungen und des Energieaufwandes beim Konsum sowie bei Herstellungs- und Entsorgungsprozessen in der Leistungsbeschreibung klar zu definieren. Sie ist aufgrund der Leistungsbeschreibung zu beurteilen.

- 3 -

In R 20a) der Richtlinien zu Punkt 2,21 der ÖNORM A 2050 wird weiters vorgeschrieben, daß, sofern für die Planung und Ausschreibung umweltgerechter Produkte und umweltgerechter Verfahren geeignete ÖNORMEN oder einschlägige Richtlinien bestehen, eine Projektierung und Ausschreibung umweltgerechter Leistungen darauf Bezug zu nehmen bzw. solche zu berücksichtigen hat. Auf diese Bestimmungen wird bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Bedacht genommen.

Nach Inkrafttreten des Bundesvergabegesetzes werden die in § 10 Abs. 7 normierten Bestimmungen ("Im Vergabeverfahren ist auf die Umweltgerechtigkeit der Leistung Bedacht zu nehmen") befolgt werden.

Zu 5.:

In Ansehung der ausdrücklichen Regelung des Grundsatzes der Umweltgerechtigkeit der Leistung durch das Bundesvergabegesetz sowie durch die dazu zu erlassende Verordnung der Bundesregierung, mit der Teile der ÖNORM A 2050 vom 1. Jänner 1993 für bindend erklärt werden, wird die Erlassung weiterer, diesbezüglicher Vergaberichtlinien seitens der Bundesregierung derzeit nicht in Aussicht genommen.

Zu 6.:

Da die in § 10 Abs. 7 des Bundesvergabegesetzes normierte Verpflichtung der Bedachtnahme auf die "Umweltgerechtigkeit" der Leistung auch humanökologische Gesichtspunkte umfaßt, wird im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auf diese Aspekte Rücksicht genommen werden.

Zu 7.:

Für die Arten möglicher Sicherstellungen sieht § 19 des Bundesvergabegesetzes zwingend die Verbindlicherklärung der entsprechenden Bestimmungen der ÖNORM A 2050 vom 1. Jänner 1993 durch Verordnung der Bundesregierung vor.

Gemäß Punkt 1.11.2. dieser ÖNORM können als Sicherstellung nach Wahl des zur Sicherstellung Verpflichteten Bargeld, Bankgarantien, Rücklaßversicherungen, klauselfreie Einlagebücher mit einem Sperrvermerk zugunsten des Vertragspartners sowie mündelsichere Wertpapiere dienen.

Eine Festlegung durch den Auftraggeber, in welcher Form eine Sicherstellung geleistet wird, ist demnach vom Gesetz ausgeschlossen.

- 4 -

Freilich müssen gemäß § 24 Abs. 3 Z 6 des Bundesvergabegesetzes Bankgarantie, Briefe und ähnliche Urkunden die Bestimmung enthalten, daß die Auszahlung des Haftungsbeitrages auf jederzeitiges Verlangen des Auftraggebers ohne Angabe des Grundes oder in begründeten Ausnahmefällen unter Angabe des maßgebenden Grundes zu erfolgen hat. Gemäß Z 7 dieser Bestimmungen sind Bankgarantie, Briefe und andere Urkunden überdies kassenmäßig zu verwahren.

Das darüber hinaus gehende Erfordernis, daß ausländische Bewerber eine Bankgarantie einer inländischen Bank vorweisen müssen, würde hingegen zu einer EWR-widrigen versteckten Diskriminierung ausländischer Bewerber führen, und damit auch gegen den in § 10 Abs. 1 und 2 Bundesvergabegesetz verankerten Grundsatz der Nichtdiskriminierung verstoßen.

Beilage

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. H. H. H.', written in a cursive style.

BEILAGE

11-10475 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5081 13
1993-07-07

Anfrage

der Abgeordneten Schwärzler
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge im
Bundesvergabegesetz

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollten außer marktwirtschaftlichen vor allem auch beschäftigungspolitische und ökologische Gesichtspunkte einbezogen werden. In dem vor kurzem vom Nationalrat verabschiedeten Bundesvergabegesetz sind die Kriterien für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen festgelegt.

Österreich ist bekannt für seine hohen Umweltstandards. Da diese Auflagen in vielen Bereichen zu höheren Produktionskosten führen, müssen sie bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden, um nicht ausländischen Konkurrenten durch die Nichteinhaltung österreichischer Umweltauflagen einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil zu ermöglichen. §10 Abs.7 schreibt vor, daß im Vergabeverfahren auf die Umweltgerechtigkeit der Leistung Bedacht zu nehmen ist. Diese Formulierung läßt einen großen Interpretationsspielraum zu. Daher ist die konkrete Umsetzung dieser Bestimmung in die Praxis von großer Bedeutung.

Neben ökologischen Gesichtspunkten bietet das Vergabegesetz auch einen gewissen Spielraum für strukturpolitische Maßnahmen. Folglich hat die Bundesregierung eine gesetzliche Basis, um bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Kriterium der Erhaltung österreichischer Arbeitsplätze in die Entscheidung miteinzubeziehen, wie dies auch in anderen EG-Staaten erfolgt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage

- 1) Welche Kriterien sind für das Bundesministerium für Finanzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschlaggebend?
- 2) Welche Prioritäten werden, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gesetzt, um auf das "Erfordernis der wirtschaftlichen Lage" Rücksicht zu nehmen, damit ein aktiver Beitrag zur Erhaltung österreichischer Arbeitsplätze geleistet werden kann?
- 3) Wie wird der §10 Abs.7 Bundesvergabegesetz in der Praxis vom Ministerium für Finanzen ausgelegt?
- 4) Welches Gewicht haben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ökologische Gesichtspunkte?
- 5) Werden von Ihrem Ministerium diesbezüglich Vergaberichtlinien ausgearbeitet?
- 6) Werden Sie im Vergabeverfahren neben produktionsökologischen auch humanökologische Gesichtspunkte in der Ausschreibung berücksichtigen?
- 7) Wie bewertet das Bundesministerium die Forderung, daß ausländische Bewerber eine Bankgarantie einer inländischen Bank vorweisen müssen?